



Innenausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Antrag der Piratenfraktion auf Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zum Einsatz von NRW-Polizeikräften bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt am 1. Juni 2013 wird wegen Fristversäumnis abgelehnt. Ebenso wird die Dringliche Frage gleichen Titels abgelehnt.

Das Innenministerium wird um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Einsatz von NRW-Polizeikräften bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt“ gebeten.

1 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Polizeiorganisationsgesetzes

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2256
APr 16/243

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Änderungsantrag der CDU wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2256 wird in der gerade beschlossenen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Piraten angenommen.

2 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten für die Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen nach der Verordnung über Notrufverbindungen 14

Vorlage 16/786

Der Ausschuss nimmt den mit Vorlage 16/786 eingereichten Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1167
Ausschussprotokoll 16/212

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Piraten abgelehnt.

4 Gegen Randalierer im Zusammenhang mit Fußballspielen konsequent vorgehen 22

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1268
APr 16/186

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

5 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei 23

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung eines Expertengesprächs zu diesem Thema. Die genauen Modalitäten werden noch abgeklärt.

6 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten! 24

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2621

Der Ausschuss vereinbart, eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

Der Bericht der Arbeitsgruppe wird schriftlich vorgelegt.

7 Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2556

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2556 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP, der Piraten und Teilen der CDU angenommen.

- 8 Gewalt gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen weiter massiv gestiegen** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **39**
Vorlage 16/887
– Bericht der Landesregierung
- 9 Erneut wichtige Beweismittel bei Ermittlungen gegen Salafisten verschlamt** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **42**
Vorlage 17/902
– Bericht der Landesregierung
– ohne Diskussion –
- 10 Illegale Downloads in der Kreispolizeibehörde Meschede?** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **43**
– Bericht der Landesregierung
- 11 Kaputter als die Polizei erlaubt – Sachstand Umzug/Neubau Polizeiwache Neukirchen-Vluyn** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; siehe Anlage) **47**
Vorlage 16/901
– Bericht der Landesregierung
- 12 Übermittlung wichtiger Berichte durch die Polizei an andere Behörden** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; siehe Anlage) **50**
Vorlage 16/912
– Bericht der Landesregierung
– ohne Diskussion –

- 13 Aufklärung des Sachverhaltes zur Entstehung des Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und Neuregelung der Bestandsdatenauskunft** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **51**
- Vorlage 16/903
– Bericht der Landesregierung
- 14 Videoüberwachung für Fahndungszwecke auf Autobahnen in Nordrhein-Westfalen?** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **53**
- Vorlage 16/904
– Bericht der Landesregierung
- 15 Verschiedenes** **55**
- Die nächste Ausschusssitzung findet am Donnerstag, den 4. Juli 2013 statt.
- Am 1. Juli 2013 findet der Besuch bei den Spezialeinheiten in Hemer statt.

7 Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2556

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an den Innenausschuss überwiesen worden.

Der vom Haushalts- und Finanzausschuss beteiligte Unterausschuss Personal habe sich in seiner Sitzung am 14. Mai 2013 dafür ausgesprochen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Da der HFA am 4. Juli abschließen wolle, solle der Innenausschuss ebenfalls sein Votum abgeben.

Dirk Schatz (PIRATEN) möchte einige ergänzende Nachfragen stellen. Zunächst wolle er wissen, ob nach der Auflösung des Landesamtes das jetzige Personaleinsatzmanagement bestehen bleibe bzw. dort integriert werde. Darüber hinaus interessiere ihn der genaue Ablauf und ob die Strukturen im Hinblick auf Umfang, Qualität und Quantität identisch blieben.

MR H.-L. Endell (Finanzministerium) führt aus, das Personaleinsatzmanagement in dem Sinne, wie es in den letzten fünf Jahren vorgenommen worden sei – als Vermittlung von Personalüberhängen in andere Teile der Landesverwaltung –, gebe es nicht mehr. Die Projekte, die das LPEM begonnen habe – die Projekte Stellenmarkt, Betreuung, Schulverwaltungsassistenz etc – würden aktuell in seinem Referat fortgeführt und sollten später im LaFin fortgesetzt werden.

Wenn Herr Schatz nach dem „Umfang“ frage, meine er sicherlich die Zahl der Beschäftigten. Das LPEM habe seinerzeit 42 Beschäftigte gehabt, aktuell seien es noch 28 Beschäftigte in diesem Bereich.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2556 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP, der Piraten und Teilen der CDU angenommen.

